

Wer das umzäunte Gelände der Biogasanlage am Rande von Altenstadt nahe der Autobahn 45 betritt, dem fällt der leicht säuerliche Geruch auf, der in der Luft schwebt. Von Gestank kann allerdings keine Rede sein. Die nächste Wohnbebauung liegt 800 Meter entfernt. Harald Rohloff und seine Tochter Tatjana kümmern sich zusammen mit einem Angestellten rund um die Uhr um den Betrieb der vollautomatischen Anlage auf einer Fläche von vier Hektar. Die zentralen Daten können sie von überall mit dem Smartphone abrufen. Der Vollerwerbslandwirt hält etwa 70 Milchkuhe und bewirtschaftet 110 Hektar, ist nach eigener Aussage aber auf den Nebenjob angewiesen, weil das Haupteinkommen nicht ausreicht.

An Biogasanlagen scheiden sich die Geister. Während Naturschützer und das Umweltbundesamt sie ablehnen, die Entstehung von Monokulturen beklagen und vor Gefahren wie tödlichen Unfällen und „Gülle-Tsunamis“ aus geplatzten Leitungen warnen, würdigt sie die Bundesregierung in der jüngsten Fortschreibung ihres Klimapakets als Beitrag zur Energiewende, der erhalten werden soll. Der Präsident des Fachverbands Biogas sagt, die Hälfte der bereitgestellten erneuerbaren Endenergie gehe auf das Konto von Biogasanlagen. Unbestritten ist, dass sie unabhängig von Wind und Sonnenschein und damit grundlastfähig sind.

Mehr als 9000 Biogasanlagen gibt es in Deutschland. Die meisten sind landwirtschaftlichen Betrieben angegliedert und relativ klein, rund 180 produzieren im industriellen Maßstab. Eine der größten Anlagen Hessens steht in Altenstadt in der nördlichen Wetterau. 10,5 Millionen Kubikmeter Methan produziert sie im Jahr. Errichtet wurde sie in den Jahren 2010 und 2011 für 13 Millionen Euro von der Kieler C4-Energie-AG, die bundesweit 13 Anlagen betreibt.

Rund 100 Landwirte liefern jedes Jahr 50 000 Tonnen Rohstoff, vor allem Mais, aber auch ein paar Zuckerrüben, sowie 14 000 Kubikmeter Gülle aus einem Umkreis von 15 Kilometern an. Der Preis ist vertraglich für zehn Jahre festgelegt. Die Anbaufläche betrage 700 von insgesamt 35 000 Hektar im Einzugsgebiet vorhandener Ackerland, teilt C4-Energie-Vorstand Bernd Köhler mit. Von einer Monokultur könne also keine Rede sein. Verarbeitet wird die gesamte Maispflanze, Blätter inklusive. Bei der Ernte wird sie in zehn Millimeter große Stücke gehäckselt.

Der von den Bauern angelieferte Rohstoff wird mit einer Raupe auf eine der drei gigantischen Halden geschoben, die eine Fläche von 5500 Quadratmetern bedecken. Luftdicht mit Folien abgedeckt bleibt das Häckselgut mindestens drei Monate dort liegen, um den ersten Teil der Vergärung abzuschließen, erzählt Roloff. Anschließend schaufelt es ein Bagger in einen Auffangbehälter, aus dem eine Förderschnecke in einen der acht Meter hohen und 30 Meter durchmessenden Fermentersilos führt. 70 bis 80 Tage lang wird die Masse zusammen mit ebenfalls von den Landwirten angelieferter Gülle mit Rührwerken vermischt und zwischen dem Fermenter- und dem verbundenen Nachvergärsilo hin und her gepumpt. Dann ist die Methangasproduktion erschöpft. Die insgesamt acht Silos sind hermetisch abgeschlossen, so dass kein Geruch entweichen kann.

„Die Biogasanlage ist wie eine große Kuh“, erläutert Harald Rohloff den Vorgang. „Die Gülle sorgt für Nachschub bei den Fäulnisbakterien.“ Die Bauern müssen Gärreste zurücknehmen und bringen sie als Dünger auf den Acker. Den Transport bekommen sie bezahlt.

„Wie eine große Kuh“

ALTENSTADT 100 Bauern liefern Rohstoffe für eine der größten Biogasanlagen in Hessen. Maispflanzen werden mit Gülle vergoren, damit Methangas und Strom gewonnen werden. *Von Wolfgang Oelrich*



Auf Kontrollgang: Landwirt Harald Roloff ist zugleich Betriebsleiter der Biogasanlage in Altenstadt.

Fotos Sandra Schildwächter

Das produzierte Rohgas hat einen Methananteil von 52 Prozent. Um ins öffentliche Erdgasnetz eingespeist zu werden, muss es jedoch einen Anteil von 98 Prozent aufweisen. Daher wird es in einer speziellen Anlage auf dem Gelände aufbereitet. Der Ausstoß von 10,5 Millionen Kubikmetern reduziert sich so auf sechs Millionen. Den Strom dafür liefert ein mit Biogas betriebenes Blockheizkraftwerk, das darüber hinaus vier Gigawattstunden ins öffentliche Netz leitet. Gleichzeitig liefert es Energie für die Kühlung der Fermenter- und Vergärtürme im Sommer sowie die Wärme für die Heizung im Winter. Denn für eine optimale Vergärung müsse die Temperatur in den Silos das ganze Jahr über konstant zwischen 39 und 41 Grad liegen, erklärt Betriebsleiter Rohloff.

Die goldenen Zeiten für Biogasanlagen sind allerdings passé. „Nach dem Hype vor etwa zehn Jahren machen uns administrative Hürden zusehends das Leben schwer“, beklagt C4-Energie-Vorstand Köhler. Die Altenstädter Anlage sei zwar nicht direkt über das Erneuerbare-Energien-Gesetz subventioniert, sondern verkaufe das Gas zu marktüblichen Preisen. Aber nun solle ein fünfzehnprozentiger Vergütungsbestandteil bei der Einspeisung ins Netz gestrichen werden. „Wir sind glücklich, wenn wir eine Umsatzrendite von acht Prozent erzielen“, sagt Köh-



Gigantische Halden: Mit Baggern wird die Maissilage transportiert.

ler. „Da können Sie sich vorstellen, was die Reduzierung um 15 Prozent für uns bedeutet.“

Die Zahlen des Umweltbundesamts, wonach zwischen 2005 und 2019 mindestens 17 Menschen bei Unfällen in Biogasanlagen ums Leben kamen und 74 verletzt wurden, bestreitet Köhler nicht. Aber man müsse auch nach der Art der Unfälle fragen. Die meisten hätten sich in einer Art Ereignis, die ursächlich nichts mit der Technik der Biogasanlagen zu tun habe. Da sei jemand von der Leiter gestürzt oder sei – warum auch immer – in bewegliche Teile einer Maschine oder einen gasgefüllten Behälter geklettert. Jedes Jahr sterben in Deutschland fast 10 000 Menschen bei Unfällen im eigenen Haushalt, führt der Unternehmer zum Vergleich an.

Von „Gülle-Tsunamis“ zu reden, hält Köhler für Panikmache. Bedauerlicherweise passiere es immer wieder, dass Gülle aus gebohrten Leitungen austrete. Aber dann habe der Betreiber am falschen Ende gespart, beispielsweise einwandige Rohre verlegt. Industrielle Anlagen unterlägen strengen Sicherheitsbestimmungen. Doppelwandige Rohrleitungen, Überlaufschutz und regelmäßige Sicherheitsschulungen des Personals seien Pflicht. In Altenstadt habe es jedenfalls seit Inbetriebnahme 2011 keinen einzigen Störfall gegeben.



Bad Homburg vorn

Von Bernhard Biener

Was macht man mit einem Gegner, den man nicht sieht? Und den man nicht kennt, weil er selbst unter seinesgleichen, den Sars-Viren, neuartig ist? Man geht ihn offensiv an. Die Stadt Bad Homburg hat sich damit mehrfach hervorgetan und es in die Schlagzeilen geschafft. Mehrere Tage vor dem Land Hessen untersagte sie Ansammlungen von mehr als fünf Personen. Weil das nicht half, prüfte der Krisenstab noch im März eine allgemeine Ausgangssperre, ohne sie allerdings in Kraft zu setzen. Vorige Woche folgte ein weiteres Alleinstellungsmerkmal: eine Maskenpflicht für die Fußgängerzone Louisenstraße, die von Freitag an gelten sollte.

Vieles machte den Eindruck, Teil einer sinnvollen Strategie zu sein, in der Krise nicht zum Getriebenen zu werden, sondern Handelnder zu bleiben. Wobei die Spanplatten, mit denen die Fläche von Sitzbänken in der Fußgängerzone verkleinert worden ist, schon von Satirikern aufgegriffen worden sind.

Ganz ernsthaft aber gilt: Wenn landesweite Versammlungs- und Hygieneregulationen kurz bevorstehen, sorgen vorgezogene kommunale Alleingänge eher für Verwirrung als für Einsicht in Schutzvorkehrungen. Ähnlich wie bei den Wortmeldungen der Ministerpräsidenten aus München und Düsseldorf drängte sich gelegentlich mit Blick auf den Bad Homburger Oberbürgermeister Alexander Hetjes (CDU) das Gefühl auf, es gehe nicht nur um überzeugendes Krisenmanagement, sondern auch darum, Erster zu sein.

Die Regelung für die Louisenstraße ging nicht nur vielen Bürgern, sondern auch der Bürgerliste Bad Homburg und der FDP zu weit, zumal sie nicht vom Magistrat beschlossen worden war. Deshalb ist daraus kurzfristig die unverbindlichere Empfehlung geworden, mit Rücksicht auf die Gesundheit anderer auch beim Gang über die Straße Masken zu tragen.

Dass man beim Blick auf die große Krise die kleinen Dinge nicht übersehen darf, offenbarte sich auf einem ganz anderen Gebiet. Mit Leserbriefen in der lokalen Tageszeitung machten viele Bürger deutlich, dass das Loswerden von Grünschnitt und Altpapier zwar nicht systemrelevant sei, wie es Sozialdezernentin Lucia Lewalter-Schoor (SPD) ausgedrückt hatte, aber ungemain praktisch. Bei der Öffnung der Wertstoffhöfe, einer ureigenen kommunalen Aufgabe, hatten Nachbarstädte den Vorreiter Bad Homburg überholt.

LESERFORUM

NACHGELESEN

„Oh wie schön! Ich würde mich wie im Urlaub fühlen. Leider kann ich es zuhause nicht hören, schade.“

Antje Molz auf Facebook zum Muezzin-Ruf in Frankfurt.

POSTEINGANG

Offenheit

Während des Fastenmonats Ramadan wollen Moscheen in Frankfurt freitags den traditionellen Gebetsruf gut hörbar erklingen lassen. Das soll Muslime darüber hinwegtrösten, dass sie sich wegen der Corona-Auflagen nicht zum Gebet und gemeinsamen Fastenbrechen treffen dürfen.

Deutschland ist glücklicherweise ein prosperierendes Einwanderungsland, dazu gehört dann auch eine vielschichtige Spiritualität und Offenheit. Als Atheist stört es mich überhaupt nicht, sondern freut mich, dass wir gerade in diesen dystopischen Zeiten, ein positives Signal vom friedlichen Miteinander in die Welt senden.

Itzik Finkelstein auf Facebook

Krise als Mahnung

Für diesen Leser ist der Muezzin-Ruf ein Zeichen von Achtung und Respekt.

Lasst uns verbunden sein, jeder in seinem Glauben und jeder in der Liebe den Menschen gegenüber, der Achtung, dem Respekt der Menschen, Liebe und der Nächstenliebe, das ist das Wichtigste, nicht nur in diesen Zeiten. Es ist immer das Wichtigste, und dem sollten wir uns bewusst werden. Vielleicht ist diese Krise nur eine Mah-

nung an uns alle, bewusster mit unserem Leben umzugehen und mit unseren Mitmenschen.

Michael Meinhardt auf Facebook

Nicht in der Öffentlichkeit

Diesen Leser stört nicht nur der Muezzin-Ruf.

Ich fühle mich auch durch Lärm vom Glockengeläut genervt, ebenso von Straßensperrungen bei religiösen Umzügen zu Pfingsten. In Deutschland haben leider die christlichen Glaubensgemeinschaften großen Einfluss auf die Gesetzgebung. Beispielsweise durch den Ethikrat, aber die Kirchen sitzen auch in den Räten der öffentlich-rechtlichen Sender. Ich finde, jeder sollte sich so verhalten, dass andere nicht tangiert werden. Ich habe aber explizit nichts gegen die Kirchen, Synagogen oder Moscheen als Gebäude. Es muss Räume geben, in denen Religion ausgeübt werden kann, und religiöse Menschen dürfen auch nicht verfolgt werden. Die Öffentlichkeit sollte aber frei von Religion sein. Beispielsweise sollte das Werben für Religion generell verboten sein.

Daniel Kapunkt auf Facebook

Schlimmste Träume

In Corona-Zeiten patrouilliert die Reiterstaffel der Polizei in Frankfurter Parks.

Schwerbewaffnete Polizisten achten darauf, dass nicht drei Freunde mal eventuell mit Abstand in der Sonne sitzen dürfen. Die Blockwarte fotografieren auch gleich, natürlich der Pferde wegen. Dass ich das in unserer freiheitlichen Bundesrepublik noch erleben muss, hätte ich mir in den schlimmsten Träumen nicht vorstellen können.

Matthias Lesch auf FAZ.NET

Flegel

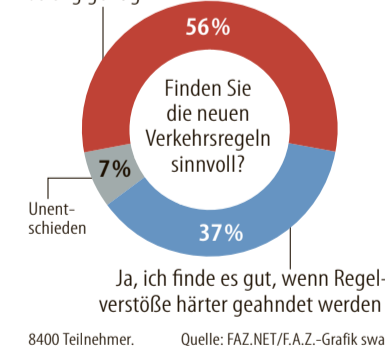
Wie man „Dosenfutter“ mit frischen Zutaten ergänzen kann, war in der Rhein-Main-Zeitung zu lesen.

Ihr Autor Peter Badenhop bezeichnet Konserven als „Dosenfutter“ und pauschal – bis auf wenige Ausnahmen, die er leider nicht benennt – „ungeeignbar“, wenn man sie nicht mit ein paar Tricks behandelt. Ich finde, das diese Wortwahl nicht zu einer Zeitung passt, die sich gerne des Qualitätsjournalismus rühmt. Meine Großmutter hätte den Autor als „verwöhnten Flegel“ bezeichnet. Ich empfehle dem Autor in derselben Zeitung „Ravioli-Glück“ vom Kollegen Michael Hierholzer!

Herbert Dormeyer, Hattersheim

NACHGEFRAGT

Nein, die Regeln waren vorher schon streng genug



Owohl in Deutschland die Strafen für Verkehrsverstöße im europäischen Vergleich eher niedrig sind, halten die meisten Bürger sie für ausreichend. Die Verschärfung der Straßenverkehrsordnung, die vom heutigen Dienstag an auch höhere Strafen vorsieht, kommt jedenfalls bei einer Vielzahl unserer Leser nicht gut an. In einer Abstimmung auf FAZ.NET waren mit 56 Prozent mehr als die Hälfte der Beteiligten der Meinung, dass die Regeln eigentlich schon streng genug waren. Immerhin 37 Prozent befürworteten aber die höheren Bußgelder für zu schnelles Fahren, Parken auf Radwegen und im Halteverbot. Auch falsches Verhalten in Bezug auf Rettungsgassen und zu geringer Abstand zu Zweiradfahrern sollen künftig stärker geahndet werden. Ir.

Sitzblockade mit Schleifchen

BAD HOMBURG Für Gesprächsstoff hat sie gesorgt, die vorige Woche angekündigte Maskenpflicht für die wichtigste Bad Homburger Einkaufsstraße. Und für breiten Widerspruch, weshalb die Stadt die Allgemeinverfügung zurückgenommen und daraus die dringende Empfehlung gemacht hatte, mit Schutzmasken für zusätzliche Sicherheit auch im Freien zu sorgen. Zumal sie seit Montag ohnehin in den Geschäften getragen werden müssen. Kaum weniger prominent sind die Spanplatten, die das Technische Hilfswerk auf die Sitzbänke montiert hat.

Sie sorgen zwangsweise für Abstand, verringern aber auch die Zahl der Sitzgelegenheiten deutlich. Am Montag waren die schrägen Platten sämtlich mit einer Schleife verziert – eine Aktion des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers und Blumenhändlers Peter Braun.



Platzhalter: die Platten

Foto Biener